

**D**ie öffentlichen Hochschulausgaben sind seit 1970 erheblich gestiegen, die Budgetsteigerungen konnten aber mit der Expansion im Hochschulbereich nicht mithalten. Die Hörerzahlen haben sich in diesem Zeitraum vervierfacht, das Budget ist aber nur um den Faktor 3,5 gewachsen. Lange Rede - kurzer Sinn: Die öffentlichen Haushalte sind in der Krise, man überlegt, den Finanzbedarf zum Teil durch Studiengebühren zu decken. In einer internen Studie des Ministeriums wurden nun die verschiedenen Studiengebührenvarianten verglichen, hier die Zusammenfassung dieser Studie (ohne eigene Kommentare!):

Der erste Teil dieser Studie befaßt sich mit der Frage, ob Studiengebühren aus der Sicht des Staates sinnvoll sind. Die Grundlage für solche Überlegungen bildet natürlich die oben erwähnte Tatsache: Es ist kein Geld mehr da, aber außerdem sind Studiengebühren ja nicht so schlecht, weil:

- Hochschulbildung als ein „gemischtes Gut“ bringt sowohl der Gesellschaft als auch dem Einzelnen Vorteile, die Finanzierung sollte daher ebenfalls gemischt erfolgen.
- Trotz Nulltarif an den Hochschulen hat sich die soziale Zusammensetzung der Studierenden seit 1970 nur marginal verändert. Die entstandenen Verteilungswirkungen kommen so überwiegend den einkommensstarken Haushalten zugute. Verringert haben sich nur die geschlechtlichen und regionalen Unterschiede, wohingegen weiterhin ca. 2/3 des Hochschulbudgets in die obere Einkommenshälfte fließen und zumindest 45% ins obere Viertel.
- Studiengebühren erzeugen bei den Hochschulen einen Anreiz zu einer stärkeren Serviceorientierung gegenüber den Studenten, diese werden gleichzeitig zu einem stärker zielorientierten Studium motiviert.

### Studiengebühren sinnvoll?

## Die Studie zum Thema

# Studiengebühren

Man hält also Studiengebühren für zweckmäßig, auch in den anderen Staaten der Erde gibt es ja zumeist Studiengebühren. Die öffentlichen Hochschulausgaben in Relation zum BIP (Brutto-Inlands-Produkt) betragen in

### Vergleich mit anderen Staaten

Österreich 1,1% (OECD-Durchschnitt 1,2%). Wenn man aber die erzielten privaten Einnahmen dazurechnet, ergibt sich als OECD-Durchschnitt ca. 1,9%, Österreich weist also mit etwas mehr als der Hälfte davon einen deutlichen Rückstand auf. Immerhin werden in der Studie Modelle wie das amerikanische, wo ein Viertel der gesamten Hochschuleinnahmen aus Studiengebühren kommt, abgelehnt, da „nicht immer eine sozialverträgliche Lösung gewährleistet ist“. Auch die Modelle einiger EU-Länder werden abgelehnt, weil sie „häufig dem Zweck dienen, unerwünschtes Verhalten zu bestrafen“.

Welche Modellvarianten kommen nun für Österreich in Frage? Die Studie geht von folgenden Prämissen aus:

- Studiengebühren dürfen keine sozialen Zugangsbarrieren errichten,
- sie müssen eine bedeutende Einnahmequelle darstellen,
- ihre Administration muß einfach sein und darf keine hohen Kosten verursachen.

Die klassische Variante: Die Eltern finanzieren das Studium, also zahlen sie auch

### Variante 1: gestaffelte Elternbeiträge

die Studiengebühren. Der Vorteil für den Staat liegt darin, daß sofortige Einnahmen möglich

sind. Der größte Nachteil ist, daß Studierende nicht als selbständige Bürger gelten, Studentenhaushalte „stellen da ein systemfremdes Element dar, für das es keine wirklich zufriedenstellende Lösung gibt“. Außerdem ergeben sich relativ hohe Verwaltungskosten, da die Elterneinkommen ermittelt werden müssen, ähnlich wie beim Sozialstipendium, nur eben für alle Studierende. Die Einnahmen für den Staat bei 20.000,- bis 30.000,- Schilling Studiengebühr pro Jahr: zwischen öS 0,846 und öS 1,691 Mrd.

Das Modell „Studiengebühren auf der Basis einkommensabhängiger Darlehensvarianten mit unbeschränktem Anspruch“ folgt im Wesentlichen der australischen Gebührenvariante. Die Studiengebühren werden nur vom späteren Einkommen des Studierenden abhängig gemacht und bezahlt. „Diese Variante ist die vorteilhafteste, ihr einziger Nachteil ist die Zeitverzögerung der Einnahmen“.

### Variante 2: einkommensabhängiges Darlehen, unbeschränkter Anspruch

Für diese Gebührenvariante ist das Elterneinkommen völlig unbedeutend, das zinsfreie, inflationsangepaßte Darlehen wird nur vom Absolventen mit ▶

► seinem Einkommen getilgt, im Falle dauerhaft unterdurchschnittlichen Einkommens müssen keine Tilgungsleistungen erbracht werden. Die Darlehensstilgung soll vom Fiskus mitverwaltet werden, der Verwaltungsaufwand kann knapp gehalten werden. Einnahmen für den Staat (Gebühren öS 20.000,- bis öS 30.000,-): zwischen öS 1,628 und öS 2,481 Mrd.

### Variante 3: einkommens- abhängiges Darlehen, eingeschränkter Anspruch

Eine Kombination der beiden Modelle: Ein Darlehen erhalten nur die Studenten aus einkommensschwachen Haushalten, die restlichen Studenten (bzw. deren Eltern) müssen die Gebühren

während des Studiums bezahlen. Diese Variante führt zu „sofortigen und längerfristig zu den höchsten Einnahmen, birgt aber rechtliche Unsicherheiten und erfordert einen beträchtlichen Verwaltungsaufwand“. Die Einkommensgrenze der Eltern wurde bei öS 300.000,- bis 400.000,- pro Jahr angesetzt, damit ergeben sich sofortige Einnahmen zwischen öS 0,742 und öS 1,643 Mrd., nachhaltig zwischen öS 1,351 und öS 2,529 Mrd.

Diese Gebühr ist nicht leistungsabhängig, sondern ein Zuschlag zur Einkommenssteuer von Hochschulabsolventen. Es

entsteht zwar fast kein Verwaltungsaufwand, dafür „gehen hier alle erwünschten ordnungspolitischen Effekte von Stu-

### Variante 4: Akademiker- steuer

diengebühren verloren“, ihre Höhe richtet sich ausschließlich nach der Einkommenshöhe, auch frühere Absolventen können aber so rückwirkend zur Beitragsleistung herangezogen werden. Einen Vorteil haben alle jene Langzeitstudenten, die ihr Studium dann doch nicht abschließen. Eine Modellrechnung war nicht möglich.



■ Dieter Lutzmayr

**D**ie Aussage der internen Studie des Ministeriums zeigt klar, welches Studiengebührenmodell das Sinnvollste ist - wenn man Studiengebühren einführen will. Soll man das aber wollen?

Die Studie zeigt eindeutig: Das einzige sozial einigermaßen verträgliche Modell ist die Variante 2, also „Studiengebühren auf der Basis einkommensabhängiger Darlehensvarianten mit unbeschränktem Anspruch“, entsprechend etwa dem australischen Modell, wo nur jene Studierenden später ihr Darlehen zurückzahlen, die auch genug verdienen. Nur leider hat dieses Modell einen großen Haken - die Einnahmen kommen erst später. Ob sich das Ministerium wohl an diese eindeutige Empfehlung halten wird?

### Die Aussage der Studie

## Meine Meinung zur Studie

# Warum nicht?

Zu überlegen, welches Modell denn nun das Beste sei, bedeutet vor allem eines:

### Das eigentliche Problem

Man hat sich mit der Einführung von Studiengebühren abgefunden. Und genau hier liegt das eigentliche Problem: Studiengebühren können sinnvoll sein, wenn man dafür auch etwas Entsprechendes erhält, aber wie sieht es derzeit aus? Die Universität 1996 ist kein modernes Dienstleistungsunternehmen, sondern ein etwas verstaubter Beamtenapparat.

Man hat sich mit der Einführung von Studiengebühren abgefunden. Und genau hier liegt das eigentliche Problem:

Die Universität soll hier nicht schlecht gemacht werden, im Gegenteil: Speziell die TU Graz genießt einen hervorragenden Ruf, der hier nur bestätigt werden soll. Die gebotene Lehre und Forschung ist in vielen Bereichen Weltspitze, davon profitieren die Studierenden natürlich. Die Universität ist weder ersetzbar noch wertlos.

### Was die Universität nicht ist

Es ist aber auch nicht alles perfekt. Auf der einen Seite gibt es noch immer eine ▶